



Kurier
29.01.2026

Gesundheitsplan: Reform nimmt Fahrt auf

Medizin. Neue Strukturen für Mostviertler Spitäler: Im Klinikum Amstetten kommt ein Da-Vinci-Operationsroboter, Melk und Waidhofen werden Zentren für Akutgeriatrie. Im Waldviertel geht Kampf um das Klinikum Gmünd weiter.

Von Wolfgang Atzenhofer und Kristina Leitner

Während in vielen Regionen Niederösterreichs gegen den Gesundheitsplan 2040+ protestiert wird, schreitet seine Umsetzung voran. Der Plan werde mit Leben erfüllt, versicherte Spitalslandesrat Anton Kasser (ÖVP) bei der Präsentation der in den Spitälern des Mostviertels bereits gestarteten Umstrukturierungen.

Es gelte Strukturen zu stärken, regionale Infrastruktur aufzubauen und Kräfte zu bündeln, so Kasser. Im Mostviertel wird das Schwerpunktkrankenhaus Amstetten in der Führungsrolle weiter ausgebaut und im Verbund mit dem LK Waidhofen geführt. In Amstetten wird ein Herzkatheterlabor aufgebaut und mit robotisch-assistierter Chirurgie – etwa durch einen Da-Vinci-Operationsroboter – gestärkt, so Kasser. Auch die Urologie soll im LK Amstetten zum Schwerpunkt werden. Die räumliche Ausstattung dazu müsse noch geplant werden. Ob große Zubauten notwendig sind, konnten Kasser und die Vorständin der Landesgesundheitsagentur (LGA), Elisabeth Bräutigam, noch nicht beantworten.

Augenheilkunde Das Klinikum Waidhofen gibt die Schwerpunkte Kardiologie und Urologie an Amstetten ab, baut dafür die Augenheilkunde weiter aus. Es werde ein zentraler Standort der Grund- und Akutversorgung bleiben. Gerüchte, dass der Spitalsstandort infrage gestellt werde, seien falsch, wurde vom Mostviertler Gesundheitsmanager Martin Kaiser versichert. In Waidhofen kommt ein Schwerpunkt für Akutgeriatrie.

Gleiches gilt für Melk. Das Klinikum – das künftig aus dem Mostviertelverbund gelöst und in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Krems geführt werden soll – hat zu Jahresbeginn bereits mit zwölf Betten für Akutgeriatrie gestartet. Bis 2030 soll die Anzahl schrittweise auf 48 Betten steigen.

Mit dem Hinweis auf die zunehmend älter werdende Bevölkerung sei mehr spezialisierte Altersmedizin notwendig, sagte Kasser. In der Akutgeriatrie gilt es Patienten nach schweren Erkrankungen, Operationen oder Stürzen wieder zu einem autarken Leben zu verhelfen.

Im LK Melk wird weiterhin das Schlaflabor und die Mia-Ambulanz (Medinklusions-Ambulanz) für Menschen mit einer intellektuellen Beeinträchtigung geführt. Vorerst unverändert bleibt das Angebot des LK Mauer als Spezialklinik für psychiatrische Belastungen und des breit aufgestellten Spitals in Scheibbs, berichtete Kasser.

Fruchtlose Proteste Den Forderungen der „Plattform NÖ“, mit der Initiative zur Rettung des Spitals Gmünd und vieler Notarztstützpunkte im Land, sowie dem Landtagsantrag der NÖ Grünen, den Gesundheitsplan 2040+ neu zu verhandeln, erteilte Kasser neuerlich eine Absage.

„Wir brauchen Veränderung und können nicht nichts tun“, sagte er. Man müsse die Menschen beruhigen und mitnehmen und über das Angebot, das beispielhaft sein werde, informieren.

Während für Kasser das letzte Wort bereits gesprochen ist, bleiben für die Gmünder Lokalpolitik noch einige Fragen offen. Grund dafür bleibt ein Vertrag vom November 2004, der die Übernahme des Spitals durch das Land Niederösterreich festhält. In dem Dokument wurde unter anderem eine Standortgarantie niedergeschrieben. Aus Sicht der hiesigen ÖVP-Bürgermeisterin Helga Rosenmayer müsse die Einrichtung daher erhalten bleiben. Eine von ihr eingeholte Rechtsmeinung kam zum selben Schluss.

Offene Frage Anders stellte sich die Lage in dem von Kasser in Auftrag gegebenen rechtlichen Gutachten dar. Die zurate gezogenen Anwälte schlussfolgerten, dass nicht der Erhalt eines bestimmten Gebäudes oder einer bestimmten Organisationsform geschuldet wird. Das Land könne nicht dazu verpflichtet werden, das übernommene Spital in der vereinbarten Form bis in alle Zukunft zu betreiben. Es komme vielmehr auf ein „gleichbleibendes Qualitätsniveau der Gesundheitsversorgung“ an.

Nun wendet sich Rosenmayer erneut schriftlich an ihren Parteikollegen. In einem Brief listet die Lokalpolitikerin mehrere bereits durchgeführte Reduktionen bei der gesundheitlichen Versorgung der Region auf. So können unter anderem seit Beginn des Jahres an Wochenenden und Feiertagen keine Behandlungen in den Bereichen Chirurgie, Unfallchirurgie und Orthopädie mehr angeboten werden.

Es stelle sich daher die Frage, wie das Qualitätsniveau der Gesundheitsversorgung im Sinne des Übergabevertrags weiter aufrechterhalten werden soll. Das Leistungsangebot des Landesklinikums werde bereits ohne entsprechenden Ersatz herabgesetzt. Um eine Antwort bis Ende Februar wurde gebeten. Dass diese für den Erhalt des Krankenhauses ausfällt, darf wohl bezweifelt werden.